



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

15. Juni 2018

Wochenbericht KW 24

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 33 % bzw. 31 %, SPD bei 18 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen steigen weiter
Allgemeine Lebenslage:	Hälfte der Deutschen sieht Entwicklung im Land negativ Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Thema Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik
Wichtigstes Thema:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	33 (-1)	33 (+1)	31 (-1)
SPD	18 (-)	18 (-1)	18 (-)
FDP	9 (+1)	8 (-)	8 (-)
DIE LINKE	10 (-)	11 (-)	10 (+1)
B'90/Grüne	12 (-)	11 (-1)	13 (-)
AfD	13 (-)	15 (+1)	15 (-)
Sonstige	5 (-)	4 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.06.	07.-13.06.	11.-13.06.

Die Union liegt bei forsa 15 (-1), bei Emnid 15 (+2) und bei infratest dimap 13 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	49 (-)
Nahles	14 (+1)
Merkel	44 (-)
Scholz	21 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.06.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 35 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 23 (-1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

86 % (+2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (-) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 34 % (+3) für Nahles und 35 % (-1) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 81 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 7 % (-) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 48 % (+2) Scholz und 29 % (-1) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.06.2018)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 19

Problemlösungskompetenz

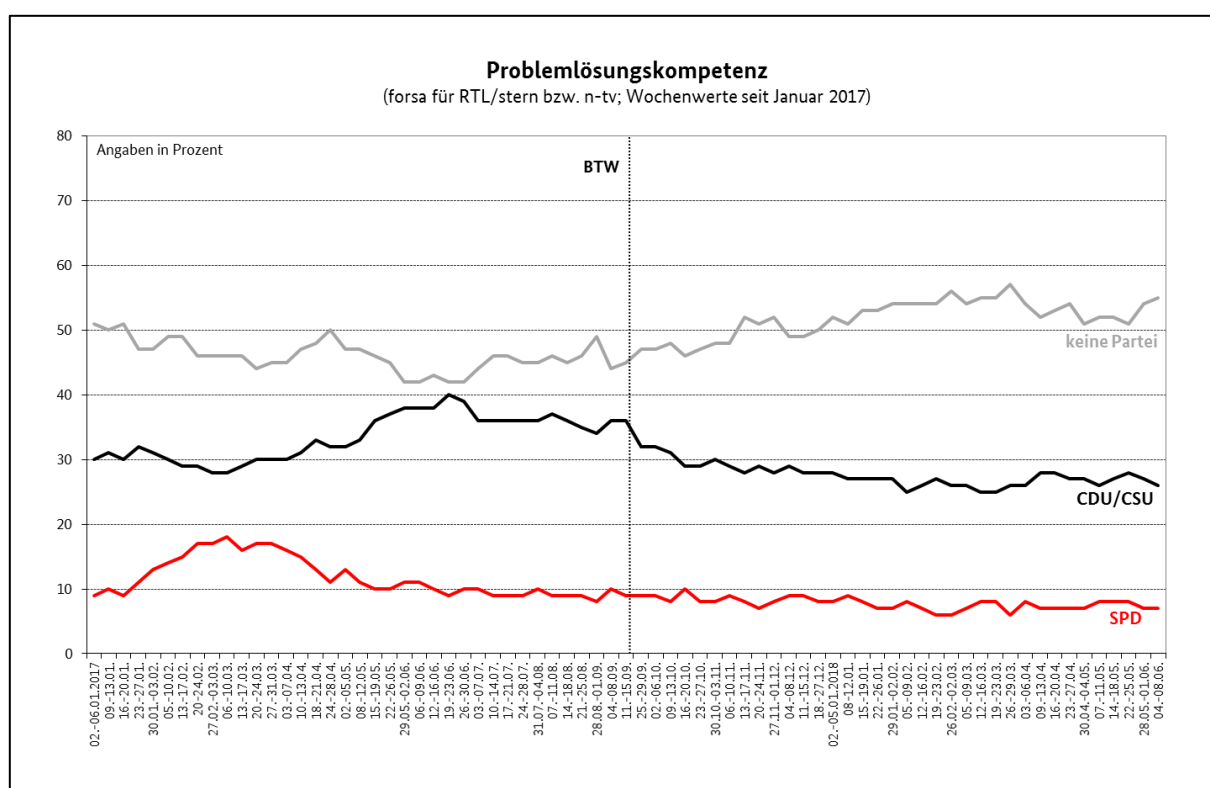
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	26	(-1)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	12	(-)
keine Partei	55	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.06.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

63 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (+1) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juni 2018

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-1)	27 (-)	1 (-)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	63 (-3)	31 (+1)	2 (-1)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (-)	31 (-)	4 (-)	1 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	61 (-2)	34 (-)	2 (-)	2 (+2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	55 (-1)	39 (-)	3 (-)	2 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (+5)	40 (-6)	5 (+1)	2 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (-2)	40 (+1)	5 (-2)	2 (+2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (+2)	40 (-3)	7 (+1)	1 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (+1)	40 (-3)	9 (+1)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	44 (-7)	39 (+2)	11 (+1)	3 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	42 (-2)	42 (-3)	11 (+2)	3 (+2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	42 (+1)	41 (-1)	9 (-2)	4 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	34 (+5)	48 (-4)	15 (-1)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	34 (-2)	45 (+3)	11 (-)	7 (-1)
neue Technologien fördern	33 (-)	50 (+3)	13 (-2)	2 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	31 (+1)	53 (+2)	12 (-1)	2 (-2)
Energiewende zügig vorantreiben	30 (+1)	45 (-2)	18 (+2)	5 (-1)
Staatsschulden begrenzen	28 (+4)	48 (+2)	18 (-5)	4 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (-)	52 (+2)	15 (-3)	5 (-)
Verbraucherschutz stärken	23 (-3)	56 (+3)	15 (-2)	3 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	20 (+1)	59 (+2)	13 (-5)	4 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-12.06.2018			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen (79 %) und Frauen (75 %) sowie von Anhängern der Grünen (83 %), der AfD (81 %), der FDP (80 %) und der Linkspartei (79 %) als sehr wichtig angesehen.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Anhängern der Linkspartei (80 %), der Union (70 %) und der AfD (68 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (70 % zu 56 %) und über 40-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (72 % zu 38 %). Anhänger der FDP (43 %) halten eine Verbesserung der Pflege unterdurchschnittlich oft für sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Juni 2018

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2018

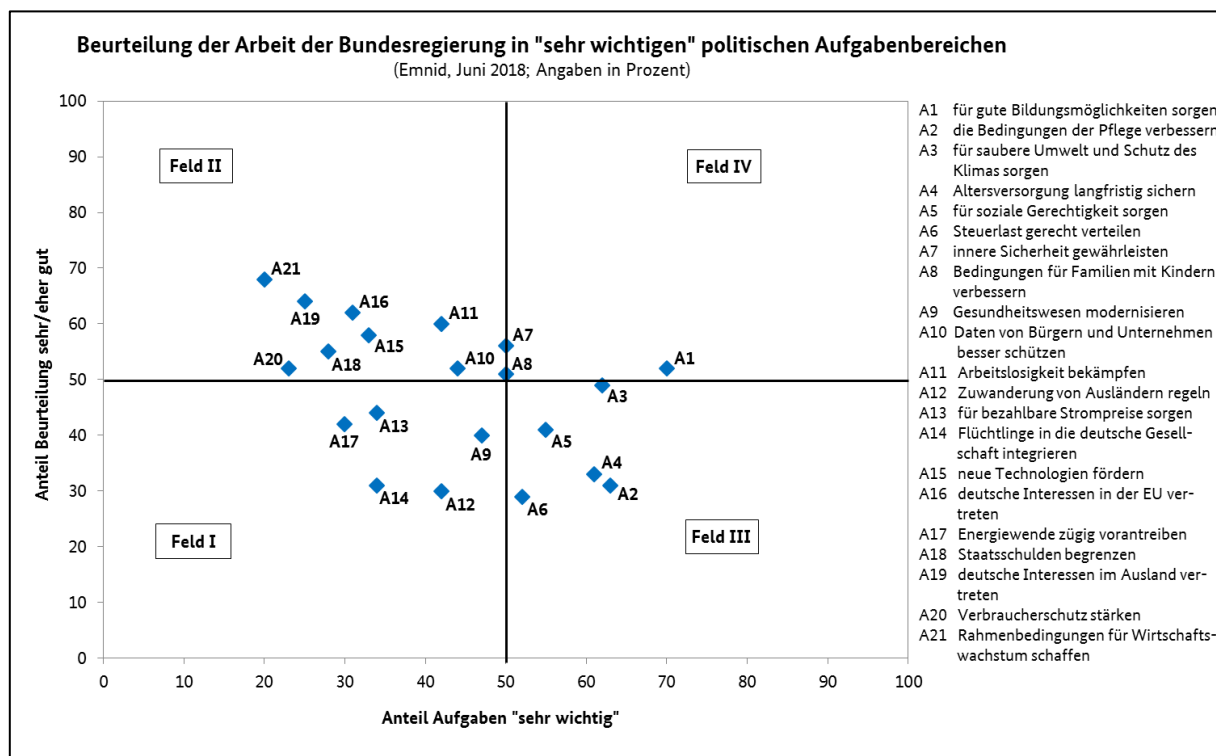
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	68 (-2)	23 (+3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	64 (-1)	26 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	62 (-)	30 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (-)	34 (-2)
neue Technologien fördern	58 (+2)	32 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (-4)	38 (+3)
Staatsschulden begrenzen	55 (+2)	36 (+1)
Verbraucherschutz stärken	52 (+1)	39 (+2)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	52 (+13)	40 (-12)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	52 (-)	43 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (+2)	41 (-3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	49 (+1)	47 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	44 (-5)	46 (+5)
Energiewende zügig vorantreiben	42 (-2)	49 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (+3)	54 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	40 (+1)	53 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (+3)	61 (-4)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	31 (-)	61 (-3)
Bedingungen der Pflege verbessern	31 (+3)	62 (-4)
Zuwanderung von Ausländern regeln	30 (-1)	64 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (+4)	64 (-6)
Erhebungszeitraum	06.-12.06.2018	

In 11 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Politikfeld "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um **13 Prozentpunkte** höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A6), im Aufgabenbereich „die Bedingungen der Pflege verbessern“ (A2), der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A4), im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A5) und beim Umwelt- und Klimaschutz (A3).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist; in diesem Monat lediglich die Bildungspolitik (A1).

Die Aufgabenbereiche „innere Sicherheit gewährleisten“ (A7) und „Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern“ (A8) liegen auf der Grenze zwischen **Feld II** und **IV**, da genau die Hälfte der Deutschen diese Bereiche als sehr wichtig erachtet und die Regierungspolitik als gut eingeschätzt wird.

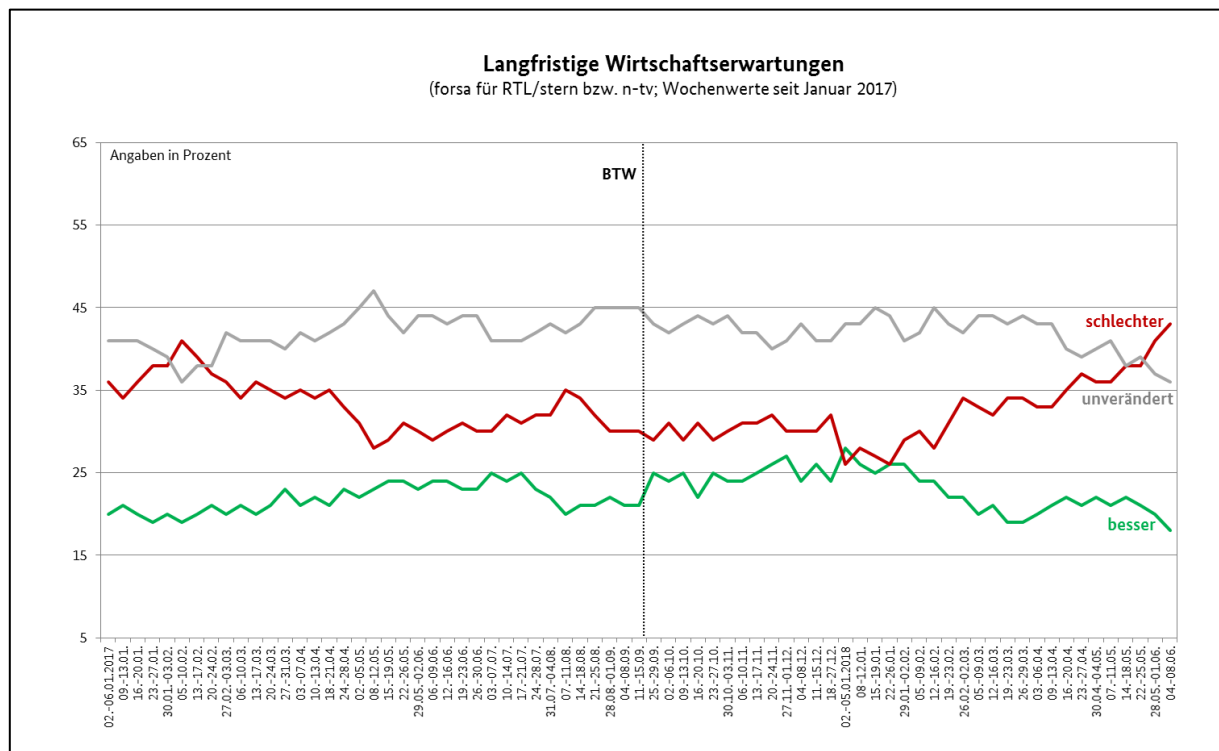
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(-2)
schlechter	43	(+2)
unverändert	36	(-1)
Erhebungszeitraum	04.-08.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 25 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA	
eher in die richtige Richtung	40	(-2)
eher in die falsche Richtung	50	(+2)
Erhebungszeitraum	04.-08.06.	

Personen mit hoher formaler Bildung (45 %) sowie Anhänger der Union (62 %) und der SPD (50 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Ostdeutsche, Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 60 %), 45- bis 59-Jährige und Gering- bzw. Mittelverdiener (jew. 56 %) sowie für Anhänger der AfD (87 %), der Linkspartei (63 %) und der FDP (61 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	86 (+2)	14 (-1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	68 (+3)	26 (-3)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51 (-)	47 (-)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43 (-1)	50 (+1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	35 (+1)	61 (-2)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	32 (+2)	66 (-2)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	29 (-1)	65 (-1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	28 (+1)	68 (-2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	27 (+1)	71 (+2)
Erhebungszeitraum	04.-08.06.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (51 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (76 %) und der Linkspartei (68 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 45-Jährige (61 % zu 44 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (60 % zu 39 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- und Mittelverdiener (58 % zu 45 %). Ostdeutsche (54 %) und Anhänger der AfD (84 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

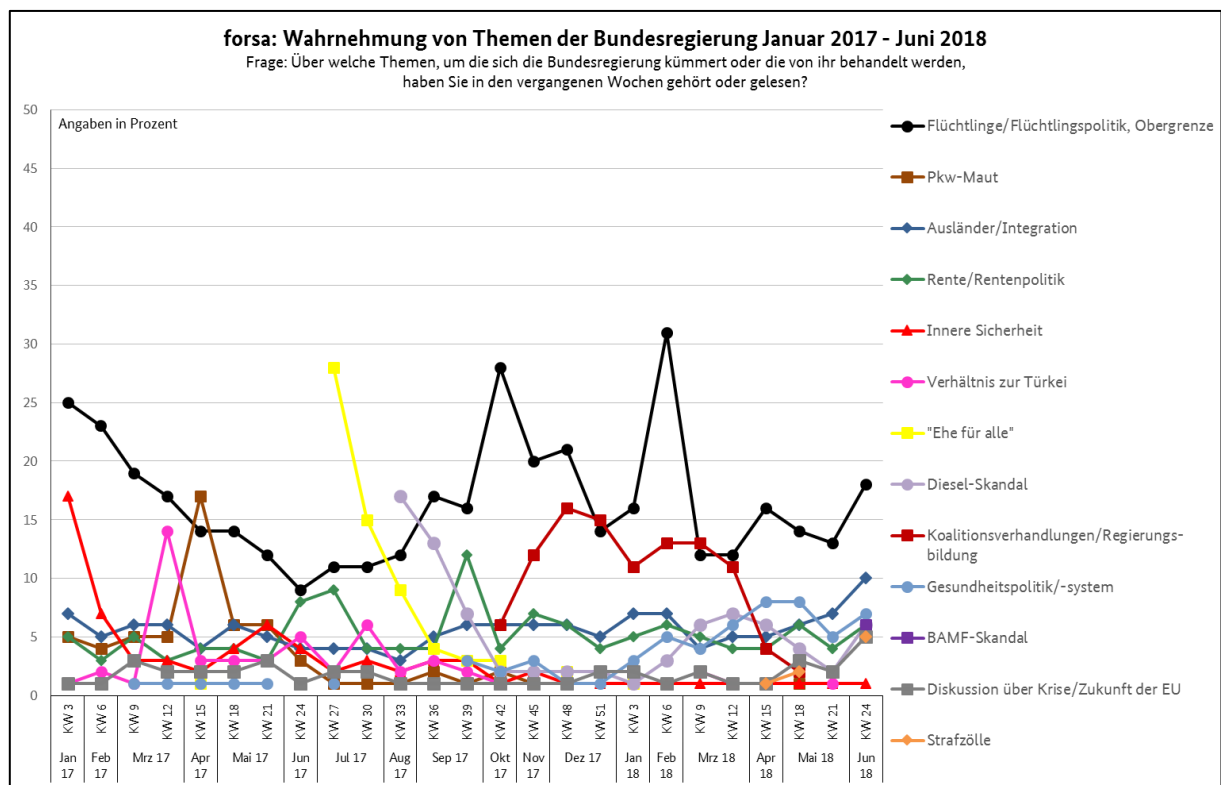
Personen mit mittlerer formaler Bildung (78 %) sowie Anhänger der Linkspartei (82 %), der AfD (80 %), der FDP (76 %) und der Grünen (75 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Altersversorgung in Deutschland, unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (79 % zu 58 %).

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	18 (+5)
Ausländer/Integration	10 (+3)
Gesundheitspolitik/-system	7 (+2)
Rente/Rentenpolitik	6 (+2)
BAMF-Skandal	6 (neu)
Diesel-Skandal	6 (+4)
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	5 (+3)
Strafzölle	5 (+5)
Erhebungszeitraum	04.-08.06.

"Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze" ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von Gutverdienern und Anhängern der FDP (jew. 26 %) genannt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	24 (+3)
Nordkorea: Atomprogramm, Annäherung, Treffen Trump-Kim	17 (+14)
US-Präsidentschaft Donald Trump	13 (+5)
G7-Gipfel in Kanada	11 (neu)
Mordfall Susanna F.	6 (neu)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (+1)
Erhebungszeitraum	11.-13.06.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen". Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der AfD (53 %) und der Union (31 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (29 % zu 16 %) und Gut- bzw. Mittelverdiener häufiger als Geringverdiener (28 % zu 15 %).

Anhänger der Grünen (30 %), der SPD (28 %) und der Linkspartei (26 %) erwähnen das Thema "Nordkorea: Atomprogramm, Annäherung, Treffen Trump-Kim" besonders oft. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (25 % zu 11 %).

